

Antwort

der Bundesregierung

**auf die Kleine Anfrage der Abgeordneten Cornelia Hirsch, Ulla Jelpke, Jan Korte,
weiterer Abgeordneter und der Fraktion DIE LINKE.
– Drucksache 16/4030 –**

Rechtsextreme Verbindungen der Deutschen Burschenschaft

Vorbemerkung der Fragesteller

Fast alle der rund eintausend Verbindungen in der Bundesrepublik Deutschland gliedern sich in Dachverbände. Zu ihnen gehört auch der Dachverband Deutsche Burschenschaft (DB), der rund 120 Mitglieder aus Deutschland, Österreich und der Schweiz umfasst und deren Mitglieder häufig durch intensive Kontakte ins rechtsextreme Lager auffallen. So wurde jüngst bekannt, dass ein Mitglied der Gießener Burschenschaft Dresdensia-Rugia und Vizevorsitzender des Ring Christlich-Demokratischer Studenten (RCDS) als Autor der Zeitung „Junge Freiheit“ und Vorsitzender der „Jungen Landsmannschaft Ostpreußen“ in Erscheinung trat sowie bei Veranstaltungen der sächsischen NPD (vgl. Spiegel Online vom 22. November 2006). Die Burschenschaft Arminia-Zürich zu Heidelberg dokumentiert ihre Nähe zur extremen Rechten u. a. durch Vorträge einschlägiger Kader der rechten Szene: So finden sich in ihrem Semesterprogramm Vorträge von Wolfram Nahrath, heute NPD früher Wiking-Jugend, von Jürgen Schwab, früher NPD, heute ein Vordenker der Szene und regelmäßiger Autor im Störtebeker-Netz und schließlich von Andreas Molau, Mitarbeiter der NPD-Landtagsfraktion in Sachsen und stellvertretender Chefredakteur der NPD-Zeitung „Deutsche Stimme“.

Vor einigen Jahren machte die Münchner Burschenschaft Danubia Schlagzeilen indem sie einem rechtsextremen Straftäter in ihrem Haus Unterschlupf gewährte. Immer wieder laden Mitgliedsverbindungen der Deutschen Burschenschaft bekannte Rechtsextremisten, wie etwa den Neonazi-Anwalt Jürgen Rieger, in ihre Häuser als Gastredner ein. Mit Jürgen Gansel ist ein weiterer Burschenschafter an prominenter Stelle (MdL in Sachsen) für die NPD tätig.

Diese personellen und inhaltlichen Überschneidungen begründen sich in der ideologischen Nähe. So vertritt die Deutsche Burschenschaft völkisches Denken und ein völkisches Verständnis der Nation. Dazu gehören beispielsweise territoriale Ansprüche auf die ehemaligen „deutschen Ostgebiete“ sowie die Verharmlosung der deutschen Kriegsverbrechen. Auch einer fundierten Auseinandersetzung mit ihrer Rolle während der nationalsozialistischen Vergangenheit verweigert sie sich bis heute und betreibt eine verharmlosende Darstellung der NS-Vergangenheit.

1. Sieht die Bundesregierung in den häufigen Auftritten von Vertretern der extremen Rechten in Häusern von Mitgliedsbünden der DB Anzeichen für eine inhaltliche Nähe der DB zur extremen Rechten, und wie begründet sie ihre Auffassung?

Die Bewertung und Beobachtung von Personenzusammenschlüssen mit rein regionaler Ausprägung fallen in die Zuständigkeit der Bundesländer. Hierzu nimmt die Bundesregierung grundsätzlich nicht Stellung.

Im Übrigen sieht die Bundesregierung in der Mitgliedschaft und Wahrnehmung von Funktionen eines Angehörigen einer Burschenschaft in einer demokratischen Studentenorganisation keine inhaltliche Nähe dieser Studentenorganisation zu rechtsextremistischen Positionen.

Die ganz überwiegende Zahl der Mitgliedsburschenschaften unterhält keine Kontakte zu Rechtsextremisten. Aus Auftritten rechtsextremistischer Referenten auf einzelnen Häusern von Burschenschaften des Dachverbandes „Deutsche Burschenschaft“ (DB) kann nicht auf eine inhaltliche Nähe des Dachverbandes zum Rechtsextremismus geschlossen werden.

2. a) Weshalb findet im Verfassungsschutzbericht 1995 „der Vollständigkeit halber“ (vgl. Antwort der Bundesregierung vom 9. August 1996 auf die Kleine Anfrage der Abgeordneten Ulla Jelpke und der Gruppe der PDS auf Bundestagsdrucksache 13/5404) eine Erwähnung der Deutschen Burschenschaft statt und in darauf folgenden Berichten nicht mehr (bitte mit Begründung)?

Im Verfassungsschutzbericht des Bundes von 1995 ist die DB unter Bezugnahme auf Pressemeldungen in einer Fußnote erwähnt. Eine Beobachtung war damit nicht verbunden. Auch zum jetzigen Zeitpunkt liegen hinreichende Anhaltspunkte für Bestrebungen, die gegen die freiheitlich-demokratische Grundordnung gerichtet sind, nicht vor. Zur Berichts- und Beobachtungspraxis der Länder nimmt die Bundesregierung nicht Stellung.

- b) In welchen Berichten der Ämter für Verfassungsschutz (Bund und Länder) wurde die DB seit 1995 erwähnt, und was waren bzw. sind die Gründe für die Beobachtung?
- c) Falls die DB unter verfassungsschutzrechtlicher Beobachtung steht oder stand, warum findet sie keine Erwähnung im Verfassungsschutzbericht?
- d) Wie viele Mitglieder der DB werden derzeit durch den Verfassungsschutz beobachtet?
- e) Welche einzelnen Bünde der DB stehen derzeit unter Beobachtung des Verfassungsschutzes?
- f) Stuft das Bundesamt für Verfassungsschutz oder einzelne Landesverfassungsschutzämter die Deutsche Burschenschaft oder einzelne Mitglieder der Deutschen Burschenschaft als rechtsextremistisch und/oder gewaltbereit ein?
Falls ja, inwiefern?
Falls nein, warum nicht?
- g) Welche Rolle spielt die „Burschenschaftliche Gemeinschaft“ innerhalb der DB?

Auf die Antwort zu Frage 2a wird verwiesen. Im Übrigen wird auf die Antwort der Bundesregierung vom 9. August 1996 zu Frage 9 der Kleinen Anfrage der Abgeordneten Ulla Jelpke u. a. (Bundestagsdrucksache 13/5404) hingewiesen.

3. Hat die Bundesregierung Informationen über Verbindungen bzw. Kontakte zwischen Teilen der DB und als rechtsextremistisch eingestuften Personen bzw. Organisationen oder Parteien wie beispielsweise die NPD?

Wenn ja, welche sind dies (bitte nach Möglichkeit konkret aufschlüsseln)?

Wie viele DB-Angehörige sind auch Mitglieder in rechtsextremen Vereinigungen?

Wie viele Führungspersonen und Mitglieder der rechtsextremen Parteien sind Mitglieder in der DB?

Wie viele Mitglieder der rechtsextremen Parteien und Vereinigungen sind Alte Herren?)

Der Bundesregierung liegen hierzu keine Erkenntnisse vor. Im Übrigen wird auf die Antwort zu Frage 2a verwiesen.

4. a) Wird die Bundesregierung auch weiterhin offizielle Regierungsvertreter zum alljährlich in Eisenach stattfindenden sogenannten Burschen- und Altherrentag schicken?

Falls ja, wie vereinbart die Bundesregierung dies mit den jüngsten Vorwürfen gegenüber einzelnen Mitgliedsverbindungen?

- b) Erwartet die Bundesregierung eine eindeutige Abgrenzung der DB von rechtsextremen Tendenzen einzelner Bünde bevor sie wieder Vertreter zu offiziellen Veranstaltungen der DB schickt, und hat sie dies der DB mitgeteilt oder bewertet die Bundesregierung die rechtsextremen Überschneidungen einzelner Bünde der DB als unproblematisch?

Der Bundesregierung ist eine Teilnahme durch offizielle Regierungsvertreter an der in der Fragestellung genannten Veranstaltung nicht bekannt. Im Übrigen wird auf die Antwort zu Frage 2a verwiesen.

5. Steht nach Auffassung der Bundesregierung das Antidiskriminierungsgesetz mit der Tatsache in Konflikt, dass die DB Frauen, jungen Menschen mit Migrationshintergrund oder ohne deutschen Pass und Zivildienstleistenden die Aufnahme verweigert, und wie begründet sie ihre Auffassung?

Der Bundesregierung ist nicht bekannt, anhand welcher Kriterien und in welchem Rahmen die Deutsche Burschenschaft über die Aufnahme von Mitgliedern entscheidet. In der Tat aber entspricht die Ausgrenzung von Frauen, jungen Menschen mit Migrationshintergrund oder ohne deutschen Pass und Zivildienstleistenden nicht dem Geiste des Allgemeinen Gleichbehandlungsgesetzes (AGG), das auf die Schaffung eines Antidiskriminierungsklimas in Deutschland abzielt. Die zivilrechtlichen Vorschriften des AGG greifen jedoch nur bezüglich der in § 19 AGG genannten Merkmale und der dort angeführten Schuldverhältnisse ein. Ob diese Voraussetzungen hierbei vorliegen, bezweifelt die Bundesregierung.

6. a) Welche Aktivitäten gibt es von Seiten der Bundeszentrale für Politische Bildung, um über die Nähe von Burschenschaften zu rechtsextremistischen Strukturen aufzuklären bzw. welche sind geplant?

Die Bundeszentrale für politische Bildung (bpb) stellt umfangreiche Informationen und differenzierte Bildungsangebote zur Aufklärung über den Rechtsextremismus bereit. Sie greift dabei auf die entsprechenden Berichte des Verfassungsschutzes und auf die Ergebnisse einschlägiger sozialwissenschaftlicher Forschung zurück.

Hauptaufgabe der bpb in diesem Zusammenhang ist es, über rechtsextremistische Argumentationsmuster und Positionen aufzuklären, um damit Bürgerinnen und Bürgern, zivilgesellschaftlichen Organisationen und örtlichen Initiativen das „Handwerkszeug“ für eine wirkungsvolle Bekämpfung des Rechtsextremismus zur Verfügung zu stellen. Somit versetzt die bpb diese auch in die Lage, eine mögliche Nähe von Personenzusammenschlüssen, so auch von Burschenschaften, zu „rechtsextremistischen Strukturen“ zu erkennen und öffentlich zu machen.

- b) Plant die Bundesregierung eigene Aufklärungsprogramme bzw. -kampagnen in dieser Hinsicht?

Falls ja, in welcher Form und wann ist mit diesen zu rechnen?

Falls nein, warum nicht?

- c) Plant die Bundesregierung in diesem Sinne eine Zusammenarbeit mit dem studentischen Dachverband „freier Zusammenschluss von studentInnenschaften“ (fzs)?

Falls ja, inwiefern?

Falls nein, warum nicht?

Ein Aufklärungsprogramm bzw. -kampagne im Sinne der Fragestellung ist weder geplant, noch wird hierfür ein Erfordernis gesehen.

- d) Sind der Bundesregierung Programme von Landesregierungen bekannt, die an den Hochschulen über das Verbindungswesen aufklären?

Falls ja, welche Programme sind das, und in welchen Ländern werden sie durchgeführt?

Der Bundesregierung liegen hierzu keine Erkenntnisse vor.

7. a) Wie hat sich die Zahl der Mitglieder in der DB in den letzten Jahren entwickelt?
- b) Gibt es in der Mitgliederentwicklung der DB Unterschiede zwischen Ost und West?
- Falls ja, welche sind dies?
- c) Wie bewertet die Bundesregierung die Mitgliederentwicklung der DB?
8. a) Wie hoch schätzt die Bundesregierung den Anteil der sogenannten Alten Herren der DB unter den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern in den Ministerien ein?
- b) Gibt es hierbei in der Höhe signifikante Unterschiede zwischen einzelnen Ministerien?

Der Bundesregierung liegen hierzu keine Erkenntnisse vor.

9. a) Wie bewertet die Bundesregierung die in diesem Jahr beim „Burschen- und Altherrentag“ der DB in Eisenach gehaltenen Redebeiträge und Beschlüsse?

Die Bundesregierung sieht keine Veranlassung zu einer diesbezüglichen Bewertung. Im Übrigen wird auf die Antwort zu Frage 2a verwiesen.

- b) Gab es im Verlauf der letzten Jahre aus Sicht der Bundesregierung wesentliche Änderungen bei der inhaltlichen Ausrichtung des „Burschen- und Altherrentages“ der DB?

Der Bundesregierung liegen hierzu keine Erkenntnisse vor.

10. a) Wie viele Teilnehmerinnen und Teilnehmer verzeichnete der auch in diesem Jahr in Eisenach stattgefundene „Burschen- und Altherrentag“ der Deutschen Burschenschaft?
- b) Wie hat sich die Anzahl der Teilnehmerinnen und Teilnehmer am „Burschen- und Altherrentag“ in Eisenach in den letzten 10 Jahren entwickelt?
- c) Wie viele dieser Teilnehmerinnen und Teilnehmer waren nach Kenntnis der Bundesregierung in diesem und in den letzten Jahren Abgeordnete oder Mitglieder des Deutschen Bundestages bzw. Vertreterinnen oder Vertreter der Bundesregierung?

Der Bundesregierung liegen hierzu keine Erkenntnisse vor.

11. Steht der „Burschen- und Altherrentag“ der DB unter verfassungsschutzrechtlicher Beobachtung?
- Falls ja, welche Erkenntnisse hat die Bundesregierung dadurch gewonnen?
- Falls nein, warum nicht?

Nein. Im Übrigen wird auf die Antwort zu Frage 2a verwiesen.

12. a) Ist der Einfluss von Verbindungen an den Hochschulen aus Sicht der Bundesregierung auch auf fehlende bzw. zu geringe öffentliche Angebote im sozialen und kulturellen Bereich für Studierende (z. B. günstiger Wohnraum, kulturelle Angebote, Beratungsdienstleistungen etc.) zurück zu führen (bitte mit Begründung)?
- b) Welche Konsequenzen zieht die Bundesregierung daraus – auch in Hinblick auf die Zusammenarbeit mit den Ländern?

Der Bundesregierung liegen hierzu keine Erkenntnisse vor.

13. Inwiefern waren die Bemühungen des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend erfolgreich, eine Richtigstellung der Behauptung der Deutschen Burschenschaft (DB) zu erreichen, wonach diese Fördergelder des betreffenden Ministeriums erhalte (vgl. Antwort der Bundesregierung auf die schriftliche Einzelfrage der Abgeordneten Cornelia Hirsch auf Bundestagsdrucksache 16/1386 zu Frage 16, Seite 13)?

Mit Schreiben vom 24. April 2006 an den damaligen Vorsitzenden der Deutschen Burschenschaft hat das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ) um Klärung und Informationen zu den dargestellten Förderungen aus Bundesmitteln und um Richtigstellung – auch bei einer evtl. Neuauflage des Handbuchs – bezüglich der fehlerhaften Förderhinweise gebeten.

Mit Schreiben vom 19. Mai 2006 hat der damalige Vorsitzende der Deutschen Burschenschaft dem BMFSFJ mitgeteilt, dass er mit Sicherheit davon ausgeht, dass eine eventuelle Förderung vor dem Geschäftsjahr 1990/91 erfolgt sein müsste und danach keinerlei finanzielle Unterstützung aus dem Kinder- und

Jugendplan des Bundes gewährt wurde. Gleichzeitig sicherte er zu, dass bei einer Neuauflage des Handbuchs die Beanstandungen korrigiert werden.

